ESG Erste Schritte

ESG Handreichung

Band 0

SARA



ESG Erste Schritte

ESG Handreichung Band 0

Verleger:
Aufsichtsbehörde für regulierte Tätigkeiten
1123 Budapest, Alkotás Str. 50.

Redakteur:
Aufsichtsbehörde für regulierte Tätigkeiten
ESG Direktion

ISBN 978-963-671-353-9
Budapest, 2026

SARA Supervisory Authority for Regulatory Affairs

Inhalt

Grußwort 5

Einleitung 6

Die Regulierung 9

Vorstellung des ungarischen ESG-Regulierungssystems 16

Literaturverzeichnis 23

§ Das Paragrafzeichen bezeichnet verbindliche gesetzliche Vorschriften.

Das Glühbirnen-Symbol weist auf Links und weitere Informationen hin.

Das Smiley-Symbol kennzeichnet Antworten auf häufig auftretende Missverständnisse.

SARA Supervisory Authority for Regulatory Affairs

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser!

ESG – also das Bewertungssystem, das ökologische, soziale und unternehmensführungsbezogene Aspekte vereint – hat sich im letzten Jahrzehnt zu einem der dynamischsten Regulierungsbereiche entwickelt. Seine Bedeutung geht heute weit über den Rahmen freiwilliger Verpflichtungen hinaus. Heutzutage gilt es als entscheidender Faktor für die Erwartungen von Regulierungsbehörden, Investoren und Finanzierungsakteuren, während sich schnell ändernde Anforderungen, Auslegungsunsicherheiten und administrativer Aufwand oft den eigentlichen Sinn und Zweck von ESG verschleiern. Tatsächlich schafft es durch langfristige Wertschöpfung und die Stärkung der strategischen Widerstandsfähigkeit von Unternehmen einen greifbaren, nachhaltigen Wettbewerbsvorteil.

Ziel dieser Ausgabe ist es, denjenigen, die sich gerade erst mit ESG vertraut machen, die grundlegenden Begriffe zu diesem Thema sowie die wichtigsten internationalen und EU-rechtlichen Rahmenbedingungen in einer verständlichen, transparenten und systematischen Form darzustellen. Darüber hinaus ordnet sie das ungarische ESG-Gesetz und die damit verbundenen Verordnungen in einen breiteren Kontext ein und erleichtert so die Orientierung inmitten der sich ständig wandelnden Anforderungen.

Wir empfehlen diese Ausgabe allen, die gerade ihre ersten Schritte im Bereich ESG unternehmen, sowie den Führungskräften und Experten aus der Praxis, die ihr Wissen auf dem neuesten Stand halten möchten. Unser Ziel ist es, die wichtigsten regulatorischen Informationen aus zuverlässigen Quellen in übersichtlicher und systematischer Form zugänglich zu machen. Was den Aufbau betrifft, bietet die Publikation zunächst einen Überblick über den globalen und den EU-Rechtsrahmen und geht dann zu den ungarischen Rechtsvorschriften über, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf den nationalen Besonderheiten liegt, darunter die ESG-Berichterstattung und der sogenannte „Maximum-Fragebogen“ sowie die Rolle und Verantwortung der einzelnen ESG-Mitwirkenden.

Die Aufsichtsbehörde für regulierte Tätigkeiten (SZTFH) möchte mit dieser Ausgabenreihe praxisorientierte Leitlinien bereitstellen, die für ungarische Unternehmen einen echten Mehrwert darstellen. Aufgrund des Themas der vorliegenden Publikation, das eine Zusammenfassung und Darstellung der Grundlagen bietet, entstand erstmals die Idee, den Inhalt in mehrsprachiger Form zu veröffentlichen. Ziel der englischsprachigen Übersetzung war es, die Grundlagen und die praktische Funktionsweise des ungarischen ESG-Rahmenwerks auch für die internationale Fachgemeinschaft sowie für ausländische Partner zugänglich und verständlich zu machen und so dazu beizutragen, dass die ungarischen regulatorischen und institutionellen Lösungen Teil des internationalen Diskurses werden.

Die deutsche Übersetzung orientiert sich ebenfalls eng an diesen Zielen, legt jedoch besonderen Wert darauf, dass die konzeptionellen und regulatorischen Elemente des ungarischen ESG-Rahmenwerks in einem offiziellen und konsistenten Begriffsrahmen interpretiert werden können, der der deutschen Fachsprache entspricht. Dadurch erhalten ungarische Unternehmen Unterstützung dabei, die Erfüllung ihrer inländischen Verpflichtungen sowie ihre ESG-Aktivitäten klar und fachgerecht in einem ausländischen, häufig deutschsprachigen Umfeld zu kommunizieren, das gemäß den regulatorischen Rahmenbedingungen des LkSG (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) tätig sind.

Wir sind zuversichtlich, dass die in dieser Ausgabe enthaltenen Erläuterungen und Zusammenfassungen eine wertvolle Hilfe beim Verständnis der Grundlagen der ungarischen ESG-Regulierung darstellen und dass die Darstellung der weiteren Zusammenhänge dazu beiträgt, den strategischen Ansatz von ESG zu stärken. Wir hoffen, dass dadurch die Aussage weiter untermauert wird, dass ESG über die Erfüllung von Verpflichtungen im Tagesgeschäft und die Anpassung an Marktanforderungen hinaus auch eines der wirksamsten Mittel zur Steigerung der Unternehmensresilienz und Wettbewerbsfähigkeit ist.

Csaba Gábor Molnár
ESG Direktor
Aufsichtsbehörde für regulierte Tätigkeiten

I. Einleitung

Ausgangspunkt

ESG hat sich seit den 2000er Jahren schrittweise entwickelt und ist heute zu einem entscheidenden Mittel für die umfassende Bewertung der Nachhaltigkeitsleistung von Unternehmen geworden. Sein grundlegendes Ziel ist, neben den finanziellen Ergebnissen auch Indikatoren wie die Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft sowie eine verantwortungsvolle und transparente Unternehmensführung in die Bewertung von Unternehmen einzubeziehen. Die Berücksichtigung dieser Aspekte ist für Investoren, Banken und Behörden ein Instrument zur genaueren Einschätzung der Risikobehaftung oder Zukunftsfähigkeit von Unternehmen und für Unternehmen ein Anreiz zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, was langfristig den Wandel und das nachhaltige Wachstum der gesamten Wirtschaft fördert.



Tatsächlich ist Nachhaltigkeit nicht das Ziel von ESG, sondern kann dessen Ergebnis sein. Das Ziel besteht darin, die Funktionsfähigkeit sicherzustellen und die Krisenfestigkeit, also die Resilienz des Unternehmens, zu erhöhen.

Die Europäische Union (EU) hat in den letzten Jahren mehrere Rechtsvorschriften erlassen, deren Ziel die Durchsetzung und Vereinheitlichung von ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance) im Wirtschaftsleben der Gemeinschaft ist. Mit den ESG-Vorschriften die EU hat ein neues System von Marktregulierungsinstrumenten geschaffen, das sich auf das Pariser Klimaschutzübereinkommen der Vereinten Nationen, die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und den europäischen Grüne Deal (European Green Deal) basiert.

Angesichts der Tatsache, dass die ESG-Leistung einzelner Unternehmen zunehmend Einfluss auf den Zugang zu Finanzmitteln und Märkten hat, ist es für die Wettbewerbsfähigkeit von Bedeutung, dass Ungarn komplexe ESG-Regulierung geschaffen und eingeführt hat.

Das Ziel des nationalen ESG-Rahmens ist es, unter Berücksichtigung der Gesetzgebung der EU und der Mitgliedstaaten eine Vorbereitungsphase für ungarische Unternehmen zu schaffen. Gleichzeitig soll es die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft stärken, die Einhaltung der ESG-Anforderungen von Organisationen fördern, Risiken und den Informationsbedarf externer Akteure (wie Investoren, Finanziers und Geschäftspartner) verringern, eine nationale Wissensbasis aufbauen und als rationales Modell für die EU-Gesetzgebung zu dienen.

Die Regulierung führt bei einem breiten Spektrum heimischer Unternehmen die Praxis der Bewertung und Bewältigung von ESG-Risiken ein. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme wird dadurch unterstrichen, dass laut der Europäischen Zentralbank (EZB) zwischen 1980 und 2023 in der EU nur etwa 25% der durch Klimakatastrophen verursachten Schäden versichert waren, wobei einige Mitgliedstaaten eine Deckungsquote von weniger als 5% meldeten.



Bei der Erstellung dieser Handreichung haben wir uns auf die **Pressemitteilung der EZB und der EIOPA vom 18. Dezember 2024 zu ihrem Vorschlag für einen europäischen Ansatz zur Verringerung der wirtschaftlichen Folgen von Naturkatastrophen** gestützt.

Aktualität des Themas

Die Schlussfolgerungen des **Draghi-Berichts**, die Annahme des von der ungarischen Präsidentschaft vorbereiteten Budapester Memorandums und die von den Vereinigten Staaten ausgehende Wende hin zu Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit haben die Europäische Union dazu veranlasst, den bestehenden ESG-Rahmen zu überarbeiten.



ESG ist nicht nur etwas für große Unternehmen. Das Risiko der Geschäftskontinuität ist auch für KMU relevant. Während ESG-Systeme bei großen Unternehmen oft zu robust sind, kann ein angemessenes Rahmenwerk für kleine Unternehmen eine lebensrettende Einfachheit bieten.

Mit der Ankündigung des Omnibus-Vorschlags, der eine Neufassung der Nachhaltigkeitsvorschriften vorsieht, hat die Europäische Kommission die Stimmen zweier gegensätzlicher Lager verstärkt, die einerseits die Rationalisierung andererseits die Verschärfung fordern.

Der am 24. Januar 2024 veröffentlichte Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und der Deal für eine saubere Industrie (Green Industrial Deal) könnten Schlüsselelemente der EU-Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre sein, deren Schwerpunkt auf der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, der Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Förderung industrieller Innovationen liegt, während die Klimaziele weiterhin gelten.

Die Neufassung der EU-Rechtsvorschriften wird voraussichtlich ein langwieriger, aufgrund verschiedener Lobbyinteressen intransparenter und von heftigen Debatten begleiteter Prozess sein. Die turbulenten Veränderungen in der Regulierung und den damit verbundenen Unternehmensverpflichtungen haben bereits jetzt erhebliche Schäden auf den europäischen Märkten verursacht, da die Integration von ESG-Kriterien und -Aufgaben in die Unternehmensabläufe bereits fortgeschrittene Unternehmen dazu veranlasst, diese auszusetzen oder zu verschieben, während diejenigen, die noch vor der Integration stehen, zum Abwarten veranlasst werden. Dies geschieht in einem natürlichen und gesellschaftlichen Umfeld, in dem der Umgang mit ESG-bezogenen Risiken – wie dem Klimawandel, der Steuerung von Abfall-und Schadstoffemissionen sowie menschenrechtskonformen und gleichberechtigten Beschäftigungsbedingungen – zu Faktoren wird, die den operativen Betrieb und die Profitabilität zunehmend maßgeblich beeinflussen.

In der gleichen Zeit haben Unternehmen in Ungarn – ähnlich wie in anderen Ländern, die die EU-Anforderungen erfüllen – bereits mit den Vorbereitungen zur Erfüllung der ESG-Anforderungen (wie dem Nachhaltigkeitsbericht gemäß CSRD) begonnen, und die bisher eingeführten ungarischen Vorschriften helfen ihnen dabei, sich an die Änderungen im EU-Rahmen anzupassen.



Der ESG-Bericht und der Nachhaltigkeitsbericht gemäß CSRD sind nicht das Gleiche, und einen "ESG-Report" gibt es nicht in den ungarischen Rechtsvorschriften. Der Nachhaltigkeitsbericht dient der Vergleichbarkeit öffentlicher Daten, während der ESG-Bericht ein funktionierendes Risikomanagementsystem darstellt.
Der Nachhaltigkeitsbericht blickt zurück, das Risikomanagement blickt in die Zukunft.

Die EU-Gesetzgebung und die sich parallel entwickelnde Geschäftspraxis haben einen klaren Rahmen für **das ungarische ESG-Rahmengesetz** geschaffen. Das Hauptziel des nationalen ESG-Rahmenwerks besteht darin, eine Antwort zu formulieren, die die Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Unternehmen im Rahmen des von der EU durchgeführten Gesetzgebungsprozesses gewährleistet. Die Regulierung kann nicht als einfache Rechtsharmonisierung betrachtet werden (d. h. das ESG-Gesetz, **das Gesetz C aus dem Jahr 2000 über die Rechnungslegung** sowie **das Gesetz LXXV aus dem Jahr 2007 über die Ungarische Wirtschaftsprüferkammer, über die Tätigkeit der Wirtschaftsprüfer und die öffentliche Aufsicht über die Wirtschaftsprüfer** hat Ungarn die Harmonisierung der CSRD-Richtlinie erfüllt), sondern stellt den Aufbau eines umfassenden "Toolbox" zur Unterstützung dar.

Es ist zu erwarten, dass heimische Unternehmen – trotz der von den EU-Institutionen angestrebten Erleichterungen – in dem nächsten Zeitraum ESG-bezogenen Datenanforderungen und Compliance-Anforderungen zunehmend begegnet werden, sowohl von Seiten ihrer Kapitalgeber oder Kunden als auch von verschiedenen Interessengruppen und Wirtschaftsorganisationen.

Der ungarische Gesetzgeber hat die Notwendigkeit klarer und leicht einzuhaltender Vorschriften sowie einer proaktiven Unterstützung für heimische Unternehmen erkannt. Um eine wirtschaftliche Panik aufgrund einer verspäteten Harmonisierung zu vermeiden und zu verhindern, dass die Einhaltung der ESG-Anforderungen der EU zu einer Belastung für heimische Unternehmen bedeutet, gewährt Ungarn allen Betroffenen eine Vorbereitungsphase von zwei bis drei Jahren, in der sie ihre internen Systeme vorbereiten, ihre Geschäftsbeziehungen stärken und ein positiveres Bild ihrer Geschäftstätigkeit nach außen vermitteln können.

Parallel dazu hat **die Ungarische Nationalbank** – ebenfalls aufgrund internationaler regulatorischer Anforderungen, wie den verschärften Anforderungen der Europäischen Zentralbank (EZB), sowie aufgrund der Entwicklungen auf dem heimischen Markt – eine **Empfehlung** zur Bewertung der ESG-Informationen von Kreditantragstellern vor der Gewährung von Unternehmenskrediten herausgegeben.

Gemäß dieser Empfehlung müssen Kreditinstitute und Finanzunternehmen einen einheitlichen Fragebogen mit Mindestanforderungen an Unternehmen ausfüllen lassen, die einen neuen Kredit aufnehmen möchten. Die Aufsichtsvorschriften treten in mehreren Schritten in Kraft: der Fragebogen gilt ab Juli 2025 für Kredite über 500 Millionen Forint (bzw. für ausländische Kreditantragsteller ohne Sitz in Ungarn für Kredite über 1 Million Euro), ab Juli 2026 für Kredite über 350 Millionen Forint und ab Juli 2027 bei Unternehmenskrediten über 200 Millionen Forint und ab Juli 2028 bei Unternehmenskrediten über 100 Millionen Forint.

ESG ist nicht nur eine Verpflichtung. Tatsächlich sind seine bekanntesten Vorteile (Finanzmarktvertrauen, Anforderungen an Lieferanten, Stabilität der Lieferkette) nicht zwingend erforderlich und treten nur dann ein, wenn das System bereits funktioniert.



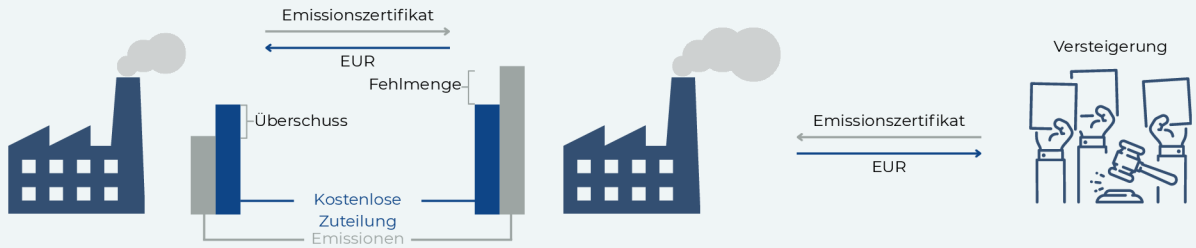
II. Die Regulierung

Regelungen der Europäischen Union, internationaler Überblick

Die Zahl der Rechtsvorschriften zur Nachhaltigkeitspolitik der EU umfasst derzeit mehr als 50 separate Richtlinien, Verordnungen und andere Vorschriften, von denen diejenigen von besonderer Bedeutung sind, die auch die Ziele des ungarischen ESG-Gesetzes festlegen:

Hinter den ESG-Vorschriften der Europäischen Union stehen zahlreiche internationale Übereinkommen und Initiativen, von denen das **Kyoto-Protokoll** (1997) einen bedeutenden Schritt in der Entwicklung der globalen Klimapolitik darstellte. Das auf der Grundlage der UNFCCC (Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, 1992) geschlossene Übereinkommen war der erste rechtsverbindliche Vertrag, der die Industrieländer zur Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen verpflichtete. Während der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls (2008–2012) verpflichteten sich die 15 EU-Mitgliedstaaten zu einer Reduzierung um 8% gegenüber dem Stand von 1990 und erreichten dieses Ziel erfolgreich. Zu den in diesem Zeitraum eingeführten Maßnahmen gehörte beispielsweise die Einführung des ersten marktbasierten Emissionshandelssystems, des **EU-Emissionshandelssystems** (EU ETS), das heute das weltweit größte kvotenbasierte Emissionshandelssystem ist und durch Marktmechanismen Anreize für die Dekarbonisierung schafft.

Die Funktionsweise des EU-Emissionshandelssystems:



Die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls (2013–2020) hat die Klimapolitik der EU weiter verfeinert. In diesem Zeitraum haben sich 38 Länder zusammen mit der EU verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen gegenüber dem Stand von 1990 um durchschnittlich 18% zu senken. Die zweite Phase des Kyoto-Protokolls diente als Brücke zum Pariser Klimaschutzübereinkommen, in dem nicht nur die Industrieländer, sondern alle teilnehmenden Staaten Verpflichtungen eingegangen sind. Darüber hinaus führte das Kyoto-Protokoll die Mechanismen „Clean Development Mechanism" (CDM) und „Joint Implementation" (JI) ein, die es den Industrieländern ermöglichten, Klimaschutzprojekte in anderen Ländern durchzuführen und so zur globalen Reduzierung der Emissionen beizutragen. Diese Mechanismen inspirierten später die Entwicklung des EU CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), der ebenfalls auf eine Verringerung der globalen Emissionen abzielt, aber auch Importe reguliert. Mit dem Ende der Laufzeit des Kyoto-Protokolls im Jahr 2020 wurde das Emissionshandelssystem der EU auf das 2015 in Paris verabschiedeten Übereinkommen umgestellt.

Das Kyoto-Protokoll zur Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) wurde am 11. Dezember 1997 verabschiedet. Das Protokoll trat 2005 in Kraft.
Gemäß dem Protokoll müssen die Vertragsparteien die Ziele in erster Linie durch nationale Maßnahmen erreichen. Das Protokoll bot ihnen jedoch auch drei marktbasierte Mechanismen als zusätzliche Möglichkeiten zur Erreichung ihrer Ziele an.

Die Kyoto-Mechanismen sind:

- Emissionshandel unter den Vertragsparteien des Protokolls;
- Gemeinsame Umsetzung von Projekten durch diese Vertragsparteien;
- Mechanismus für saubere Entwicklung (mit Nichtvertragsparteien des Protokolls).

Gemäß dem Protokoll werden die tatsächlichen Emissionen der Vertragsparteien überwacht und genaue Aufzeichnungen über den Emissionshandel geführt.

Das **Pariser Klimaschutzübereinkommen** von 2015 hat mehr als nur Ziele formuliert, denn es hat erstmals im internationalen Recht anerkannt, dass Klimaschutzmaßnahmen „progressiv ehrgeiziger" sein müssen, was die EU dazu verpflichtet hat, die Klimagesetzgebung regelmäßig zu aktualisieren.

Das Pariser Klimaschutzübereinkommen ist ein internationaler Vertrag, der die Vertragsparteien verpflichtet, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Die Verabschiedung des Abkommens im Jahr 2015 war das erste Mal, dass sich Regierungen darauf einigten, ernsthafte gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die globale Erwärmung zu begrenzen und ihre Auswirkungen abzuschwächen.

Das **EU Klimagesetz** (European Climate Law) hat dies in einen innerstaatlichen Rechtsrahmen umgesetzt, während der **europäische Grüne Deal** den Weg für den wirtschaftlichen Wandel vorgegeben hat. Dieser Rahmen hat konkrete Maßnahmen hervorgebracht, die nicht nur gegen **Verlagerung von CO2-Emissionen** schützen, sondern auch Nicht-EU-Länder dazu anregen, ihre eigene Klimapolitik zu verschärfen.

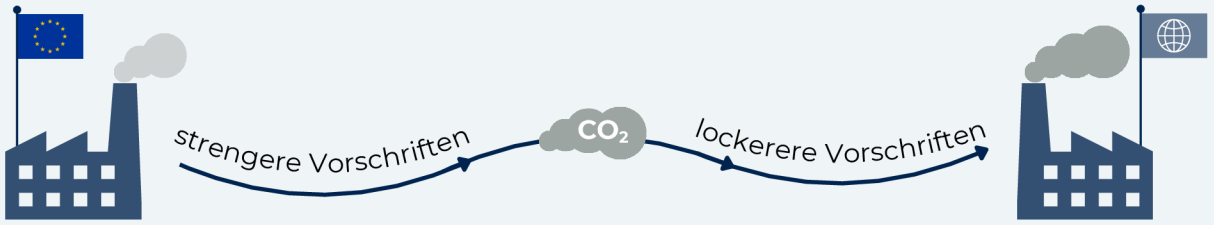
EU-Klimagesetz

Das EU-Klimagesetz hat das Ziel verankert, dass die EU bis 2050 klimaneutral werden soll. Darüber hinaus legt sie als verbindliches klimapolitisches Ziel der EU fest, dass die Netto-Treibhausgasemissionen (d. h. die Emissionen nach Abzug der Absorptionen) bis 2030 um mindestens 55% gegenüber dem Stand von 1990 gesenkt werden müssen.

Der europäische Grüne Deal

Der 2019 ins Leben gerufene europäische Grüne Deal ist ein Maßnahmenpaket, das den Prozess der grünen Wende in der EU einleiten und letztlich die Erreichung des für 2050 angestrebten Klimaneutralitätsziels sicherstellen soll. Die Vereinbarung ist gleichzeitig der Beitrag der EU zum Pariser Klimaschutzübereinkommen.

Verlagerung von CO2-Emissionen oder **„Kohlenstoffleckage“** tritt auf, wenn bestimmte Industriezweige ihre Produktion in Drittländer verlagern, deren Industrie nicht oder nur unzureichend den CO2-Emissionsbeschränkungen unterliegt.



Die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (im Folgenden: SDGs) wurden ebenfalls 2015 verabschiedet und bilden die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die sich auf globale wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderungen konzentriert. Die 17 Ziele und die damit verbundenen 169 Zielvorgaben bieten einen einheitlichen Rahmen für die Verwirklichung von Nachhaltigkeit. Die SDGs haben globale Bedeutung erlangt, weil sie soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen integriert behandeln. So ist beispielsweise SDG 6 (Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen) nicht nur aus ökologischer Sicht von entscheidender Bedeutung, sondern auch im Hinblick auf SDG 3 (Gesundheit und Wohlergehen), da der Mangel an sauberem Wasser eine Ursache für zahlreiche Krankheiten ist. Ebenso steht SDG 7 (Bezahlbare und saubere Energie) in direktem Zusammenhang mit SDG 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz), da die Abkehr von fossilen Brennstoffen für die Verlangsamung des Klimawandels von entscheidender Bedeutung ist. Die Vereinten Nationen veröffentlicht jedes Jahr einen Fortschrittsbericht, dessen Publikation für 2025 **auf der offiziellen Website** verfügbar ist.

THE GLOBAL GOALS
For Sustainable Development

Geschichte der Regulierung von nichtfinanziellen Daten und Nachhaltigkeitsdaten

Der erste wichtige Schritt war die **NFRD** (Non-Financial Reporting Directive, dt. Richtlinie zur nichtfinanziellen Berichterstattung), die 2014 in Kraft trat und mittelständische und große Unternehmen zur Berichterstattung über ESG-Themen verpflichtete. Dieses System wurde durch die **CSRD** (Corporate Sustainability Reporting Directive, dt. Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen) ersetzt, die ab 2024 strengere und umfassendere Berichtspflichten einführt.

Die CSRD im Vergleich zur NFRD:

- Erweiterte den Geltungsbereich der Berichterstattung,
- Führte eine detailliertere Berichterstattung ein,
- Legte einheitliche Berichtsstandards fest,
- Machte die Auditierung der Berichte obligatorisch.

Die CSRD hat auch neue Berichtsstandards eingeführt, die sogenannten **ESRS** (European Sustainability Reporting Standards, dt. europäische Nachhaltigkeitsberichtsstandards), die festlegen, welche Daten Unternehmen in welchem Format veröffentlichen müssen.

Der ESG-Bericht gemäß dem ESG-Gesetz und der Nachhaltigkeitsbericht gemäß der CSRD-Richtlinie sind ein klassischer Fall von Katze und Tiger – ähnlich, aber nicht dasselbe. Das ungarische ESG-Gesetz ist ein Rahmenwerk für das Risikomanagement, während die CSRD eine Berichtspflicht darstellt. Der Nachhaltigkeitsbericht ist kein Ersatz für das Risikomanagement gemäß dem ESG-Gesetz.

Die ursprünglichen Ambitionen der CSRD wurden durch den Omnibus-Vorschlag der Europäischen Kommission vom Februar 2025 und die daraus resultierende Einigung zwischen Rat und Parlament erheblich eingeschränkt, deren Ziel es war, den Verwaltungsaufwand für die Berichterstattung zu verringern und den Kreis der betroffenen Unternehmen zu verringern. Gemäß der Einigung wird die neue Schwellenwerte für die CSRD bei einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 1000 Mitarbeitern und einem Nettoumsatz von 450 Millionen Euro liegen, was nach Schätzungen von Experten zu einer Verringerung des ursprünglichen Anwendungsbereichs um etwa 80% bis 90% führen wird: es ist zu erwarten, dass die obligatorische Nachhaltigkeitsberichterstattung nur noch für einige Tausend Unternehmen in der EU gelten wird. Die Gesetzgeber haben jedoch auch eine Überprüfungsklausel aufgenommen, die ausdrücklich die Möglichkeit offen lässt, den Geltungsbereich der CSRD – und damit auch der CSDDD – zu einem späteren Zeitpunkt wieder auszuweiten.

Das Ziel der CSRD besteht weiterhin darin, dass Unternehmen auf der Grundlage einheitlicher EU-Standards in detaillierten Nachhaltigkeitsberichten die Umweltauswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit, die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken, die daraus resultierenden finanziellen und operativen Risiken sowie die zu deren Bewältigung ergriffenen Maßnahmen darlegen. Unternehmen, die unter die CSRD fallen, müssen einen standardisierten Nachhaltigkeitsbericht veröffentlichen, in dem die wichtigsten ESG-Aspekte ihrer Geschäftstätigkeit gemäß internationalen Standards übersichtlich und vergleichbar dargestellt werden.

Die genauen Berichtsstandards wurden von der EFRAG (European Financial Reporting Advisory Group, dt. Europäische Beratungsgruppe zur Rechnungslegung) in den ESRS ausgearbeitet. Als Teil des Omnibus-Pakets stand auch deren Überarbeitung auf der Tagesordnung: Die aktualisierten ESRS mussten von der EFRAG bis zum 30. November bei der Kommission eingereicht werden, mit dem Ziel, die Datenanforderungen durch Streichung einzelner Datenpunkte um etwa 57 % zu reduzieren. Damit nähert sich die EU-Regulierung dem rationalen Gesetzgebungsweg in Ungarn an, der von Anfang an den Schwerpunkt auf schrittweisen, stabilen Fortschritt, die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und den Schutz von KMU gelegt hat. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass die Mitgliedstaaten – auch auf Druck von Investoren und Kunden – unabhängig von den Mindestanforderungen der EU strengere nationale Vorschriften einführen können.

Das ESRS ist eigentlich ein breites Mittelsystem zur öffentlichen Darstellung der Unternehmensführung und nicht zur Messung der Risiken, die vom Unternehmen selbst oder von seinen Geschäftspartnern ausgehen. Letzteres Ziel wird auch durch den an das ungarische ESG-Gesetz angepassten, auf ein Minimum beschränkten, einfachen und zielgerichteten Fragebogen erreicht, der auch bei einer Weitergabe keine Mehrfachverwaltung bei den Lieferanten verursacht.

Um die Nachhaltigkeit der Finanzmärkte zu verbessern, wurden die Anforderungen der **SFDR** (Sustainable Finance Disclosure Regulation; dt. Verordnung über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor) eingeführt, die die Offenlegung von Nachhaltigkeitsinformationen zu Finanzprodukten sowie die verbindlichen Bedingungen für die Vergabe von Finanzmitteln regeln und darauf zielen ab, das sogenannte „Greenwashing" einzudämmen. Damit verbunden ist die **EU-Taxonomie**, die als einheitliches Klassifizierungssystem festlegt, welche wirtschaftlichen Aktivitäten in der EU als nachhaltig gelten können.

Im Rahmen der Bekämpfung des Klimawandels war die Einrichtung des **EU-ETS** (EU Emissions Trading System, dt. EU-Emissionshandelssystem) ein wichtiger Schritt. Dieses System für CO2-Emissionszertifikate verpflichtet große Emittenten zum Kauf von CO2-Emissionszertifikaten und schafft damit einen marktbasierten Anreiz für die Dekarbonisierung. Damit verbunden ist der **CBAM** (Carbon Border Adjustment Mechanism, dt. CO2-Grenzausgleichsmechanismus), auch bekannt als Kohlenstoff-Zoll, der CO2-Emissionskosten für den Import von Produkten mit hohen CO2-Emissionen aus Nicht-EU-Ländern einführt, um das sogenannte Carbon Leakage („Kohlenstoffleckage") zu verringern.

Weitere Vorschriften für Finanzinstitute

Finanzinstitute, die im Gebiet der EU tätig sind, unterliegen zahlreichen Nachhaltigkeitsvorschriften, die eine immer engere Integration der ESG-Kriterien und des Risikomanagements erfordern: Die Offenlegung („Säule 3"), die ESG-Anforderungen des CRR/CRD-Rahmens und die Risikomanagement-Anforderungen der EZB sind allesamt Mechanismen, die einen einheitlichen und transparenten Rahmen für die grünen Finanzierungsziele der EU bieten. Der **Säule 3-Offenlegungsrahmen** ist mit der **CRR** (Capital Requirements Regulation, dt. Eigenkapitalverordnung) und der **CRD** (Capital Requirements Directive, dt. Eigenkapitalrichtlinie) verbunden, die Teil der **Basel-III-Standards** sind. Die im Juni 2021 in Kraft getretenen Änderungen der CRR II und CRR III haben für Banken Transparenzpflichten in Bezug auf ESG-Risiken eingeführt, wonach Banken sind verpflichtet, ESG-Risiken in ihren Veröffentlichungen offenzulegen und detaillierte Berichte über die Umweltrisiken ihrer Vermögenswerte und Kredite zu erstellen (z. B. in welchem Umfang sie CO2-intensive Projekte finanzieren). Diese Informationen werden mit den Empfehlungen der **TCFD** (Task Force on Climate-Related Financial Disclosures, dt. Arbeitsgruppe für klimabezogene Finanzberichterstattung) und den **Empfehlungen der IFRS** (International Financial Reporting Standards, dt. internationalen Rechnungslegungsstandards) harmonisiert.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren **Leitfaden für Banken zu Klima- und Umweltrisiken** verschärft. Die Banken sind verpflichtet, die Auswirkungen des Klimawandels und der ESG-Risiken in ihre Kreditportfolios zu integrieren, Stresstests zur Bewertung dieser Risiken durchzuführen und obligatorische Berichte über die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des Klimawandels zu erstellen.

Die **Erwartungen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) in Bezug auf ESG-Risiken** decken zahlreiche weitere Bereiche ab, darunter: Berichterstattung zur Unternehmensführung; Leitlinien zur Modellierung von ESG-Risiken und zur Bewertung der nichtfinanziellen Leistung; sowie die Entwicklung detaillierter Kapitalanforderungen für ESG-Risiken.

Im Zusammenhang mit der Finanzierung ist außerdem der **EU-GBS** (Green Bond Standard, dt. Standard für grüne Anleihen) von Bedeutung, der vorschreibt, dass die mit den emittierten Anleihen finanzierten Aktivitäten mit der EU-Taxonomie im Einklang stehen müssen. Hierzu gehören auch die Programme RePowerEU und InvestEU, die Finanzmittel für den grünen und nachhaltigen Übergang der EU bereitstellen, auf welche auch Finanzinstitute direkten Zugriff haben.

Sonstige Vorschriften im Zusammenhang mit den Sorgfaltspflichten von Unternehmen und die Zertifizierungsstellen

Due Diligence, (auf Deutsch oft mit „angemessene Sorgfalt" übersetzt), ist ein umfassender Analyse- und Prüfungsprozess, bei dem alle wesentlichen Risiken, Chancen und Werte eines Unternehmens, Produkts oder Projekts untersucht werden, bevor eine Investitions-, Kauf- oder Partnerschaftsentscheidung getroffen wird. Der Begriff geht auf den römischen Rechtsgrundsatz „caveat emptor" („der Käufer sei vorsichtig") zurück, wonach es in der Verantwortung des Käufers liegt, den Gegenstand der Transaktion zu überprüfen.

Um die Nachhaltigkeit der Lieferketten zu gewährleisten, schreibt die **CSDDD** (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, dt. Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit) vor, dass große Unternehmen sicherstellen müssen, dass in ihrer Lieferkette keine Menschenrechte verletzt und keine Umweltschäden verursacht werden.

Das Europäische Parlament hat am 24. April 2024 mit 374 Stimmen bei 235 Gegenstimmen und 19 Enthaltungen die neue Richtlinie über die Nachhaltigkeitsprüfung von Unternehmen verabschiedet. Damit ist der Gesetzgebungsprozess abgeschlossen, nachdem der Rat der Europäischen Union am 24. Mai 2024 den endgültigen Wortlaut formell gebilligt hat. Ziel der Richtlinie ist es, Unternehmen und ihre Partner in der Liefer-, Produktions- und Vertriebskette zu verpflichten, die negativen Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf die Menschenrechte und die Umwelt zu verhindern, zu beseitigen oder zu mindern. Dies wurde durch die Annahme des Stop-the-clock-Mechanismus am 14. April 2025 unterstrichen, der die CSRD-Verpflichtung für die Unternehmen der zweiten und dritten Welle um zwei Jahre und die Umsetzung der CSDDD und die erste Phase der Umsetzung um ein Jahr verschoben hat. Mit der Verabschiedung von „Stop-the-clock" haben die Ko-Gesetzgeber der EU Zeit gewonnen, um sich über wesentliche Änderungen der CSRD und der CSDDD zu einigen.

Laut der offiziellen Mitteilung vom Dezember 2025 über die Vereinbarung zwischen Rat und Parlament wird der weiter geänderte Omnibus durch die Vereinfachung der CSDDD den Anwendungsbereich der Richtlinie erheblich einschränken und die Verpflichtungen entschärft. Gemäß der Vereinbarung gilt die CSDDD für Unternehmen mit mehr als 5000 Beschäftigten und einem weltweiten Umsatz von über 1,5 Milliarden Euro, und die Vorschrift zum obligatorischen Klimawandelplan wurde aus dem Text gestrichen. Auch die Methodik der Sorgfaltspflicht wurde geändert: Anstelle der ursprünglichen detaillierten Bestandsaufnahme der gesamten Wertschöpfungskette – aller direkten und indirekten Geschäftspartner – wird nun eine risikobasierte „Scoping"-Praxis vorgeschrieben. Unternehmen müssen sich in erster Linie auf diejenigen Aktivitäten und Elemente der Wertschöpfungskette konzentrieren, bei denen die schädlichen Auswirkungen am wahrscheinlichsten oder am schwerwiegendsten sind, und wenn das Risiko in mehreren Bereichen ähnlich ist, können sie der Bewertung der negativen Auswirkungen in Bezug auf direkte Geschäftspartner Vorrang einräumen. Die Frist für die Umsetzung der CSDDD ist der 26. Juli 2028, die Verpflichtung zur praktischen Einhaltung wird auf Juli 2029 verschoben, und die Obergrenze für Sanktionen beträgt einheitlich 3% des weltweiten Nettoumsatzes des Unternehmens.

Das Ziel der CSDDD besteht weiterhin darin, dass die betroffenen Unternehmen die mit ihrer Tätigkeit verbundenen Risiken für die Umwelt und die Menschenrechte innerhalb eines strengen, aber verhältnismäßigen Rahmens bewerten und mindern. Die Verpflichtungen gemäß der Richtlinie gelten nicht nur für die eigene Tätigkeit der Unternehmen, sondern auch für ihre Tochtergesellschaften und bestimmte Akteure ihrer Wertschöpfungskette. Die Unternehmen müssen schädliche Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschenrechte identifizieren, Maßnahmen zu deren Verhinderung, Minderung oder Beseitigung ergreifen und – wenn die Maßnahmen nicht zum Erfolg führen – auch mit Schadensersatzansprüchen rechnen.

	CSDDD	CSDDD Omnibus (Stand: Dezember 2025)
Anwendungsbereich	Etwa 11.500 Unternehmen	Etwa 1500 Unternehmen
Schwellenwerte	1000 Mitarbeiter und 450 Millionen Euro Umsatz	5000 Mitarbeiter und 1,5 Milliarden Euro Umsatz
Lieferkette	Alle direkten und indirekten Lieferanten	Risikobasiert, nur Partner mit wahrscheinlichen und schwerwiegenden Risiken; keine allgemeine Datenanforderung (insbesondere bei Partnern mit weniger als 5000 Mitarbeitern)
Strafe	Max. 5 % des Gesamtumsatzes	Max. 3 % des Gesamtumsatzes
Überprüfung	Jährlich	Alle 5 Jahre
Vertragsbeendigung	Bei nicht geeigneten Unternehmen ist die Kündigung des Vertrags obligatorisch.	Wurde aufgehoben
Frist für die Berichterstattung	Bericht 2028	Bericht 2030
Umsetztungsfrist	26. Juli 2026	26. Juli 2028

Um die Vorschriften einzuhalten, müssen Unternehmen weiterhin komplexe Sorgfaltspflichten einrichten, die jedoch gemäß dem Omnibus-Abkommen auf einer risikobasierten „Scoping"-Praxis beruhen. Als ersten Schritt müssen sie eine Due-Diligence-Richtlinie entwickeln, mit deren Hilfe sie die Aktivitäten und Elemente der Wertschöpfungskette identifizieren können, bei denen schädliche Auswirkungen am wahrscheinlichsten oder am schwerwiegendsten sind. Nach der Identifizierung sind die Unternehmen verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um diese Auswirkungen zu verhindern, zu mindern oder zu beseitigen.



Für Großunternehmen ist der Umgang mit Lieferantenrisiken oder Beschwerden nichts Neues. Fast ausnahmslos alle Großunternehmen und ein Großteil der mittelständischen Unternehmen verfügen bereits über entsprechende Prozesse. Das Ziel muss es sein, diese in der Zukunft zu optimieren.

In ähnlicher Weise konzentriert sich auch das deutsche **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz** (LkSG) auf die Überprüfung von Lieferketten und die Einhaltung von Nachhaltigkeitsanforderungen. Die Regelung gilt ursprünglich für Unternehmen mit mindestens 3000 Beschäftigten und ab 2024 für Unternehmen mit mindestens 1000 Beschäftigten im Inland oder für Unternehmen mit einer Zweigniederlassung in Deutschland. Diese Unternehmen sind zu einer Sorgfaltspflicht verpflichtet, d. h. 11 Arten von Menschenrechts- und Umweltrisiken zu berücksichtigen. Das LkSG legte konkrete Sanktionen für den Fall der Nichteinhaltung fest, darunter Geldstrafen und der Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen. Die Anforderungen an Unternehmen wurden in Kategorien eingeteilt, wobei Menschenrechtsverletzungen einem besonders strengen Sanktionsmechanismus unterlagen. Die Debatten über Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit in der Europäischen Union wirkten sich auch kritisch auf das LkSG aus, da die deutsche Regierung und die EU-Regulierungsbehörden bestimmte Erleichterungen einführten, um die Verwaltungspflichten und die Kosten für Unternehmen zu verringern. Die deutsche Regierung hat die Verwaltungspflichten für größere Unternehmen entschärft und eine Überprüfung sowie eine mögliche Aufhebung des LkSG angekündigt, um die Belastungen für die Unternehmen zu mindern. Dennoch betonen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen weiterhin, wie wichtig es ist, die ursprünglichen Ziele des Gesetzes – Nachhaltigkeit und Schutz der Menschenrechte – beizubehalten.

Zum EU-Rechtsrahmen für Nachhaltigkeit gehört neben den CSRD- und CSDDD-Richtlinien auch die **EUDR** (Deforestation Regulation, dt. EU-Entwaldungsverordnung), die für Unternehmen eine noch größere Verwaltungspflicht bedeutet. Ziel der EU-Verordnung über Produkte aus entwaldungsfreien Quellen ist es, dass die Herstellung und der Verkauf von Produkten, die auf dem EU-Markt in Verkehr gebracht werden (z. B. Soja, Palmöl, Holz, Kakao, Kaffee, Kautschuk, Rinder), nicht zur Entwaldung oder Waldzerstörung beitragen. Die Verordnung schreibt Unternehmen verbindliche Verpflichtungen zur Überprüfung der Lieferkette und zum Risikomanagement vor, mit denen sie die Nachhaltigkeit ihrer Lieferketten kontrollieren müssen – dazu gehört beispielsweise die Gewährleistung der Rückverfolgbarkeit der in Verkehr gebrachten Produkte anhand ihrer Geolokalisierung.

Die Europäische Union hat Ende 2024 ihre **ESG-Rating-Verordnung** veröffentlicht. Die am 27. November 2024 verabschiedete Verordnung zielt darauf ab, den Wert, die Zuverlässigkeit und die Vergleichbarkeit von ESG-Ratings sowohl für Investoren als auch für andere Interessengruppen zu sichern.



Vorstellung des ungarischen ESG-Regulierungssystems

Mit den Änderungen vom 19. Januar 2025 wurde der Geltungsbereich des ESG-Gesetzes geändert und es wurden neue Vorschriften eingeführt, welche Unternehmen dieser Verpflichtung unterliegen. Gemäß dem ESG-Gesetz wird der Kreis der Unternehmen, die direkt von den Anforderungen zur Nachhaltigkeitsprüfung betroffen sind, schrittweise erweitert:

- **Ab 2024:** Großunternehmen von öffentlichem Interesse, bei denen in den beiden Geschäftsjahren vor dem aktuellen Geschäftsjahr zwei der folgenden drei Kennzahlen am Bilanzstichtag die folgenden Grenzwerte überschritten haben: Bilanzsumme von 10 000 Millionen Forint; jährlicher Nettoumsatz von 20 000 Millionen Forint; durchschnittliche Beschäftigtenzahl von 500 Personen
- **Ab 2025:** Großunternehmen·, deren Haupttätigkeit in den beiden Geschäftsjahren vor dem aktuellen Geschäftsjahr am Bilanzstichtag unter die in Anhang 1 des ESG-Gesetzes aufgeführten Branchen fällt und deren folgende Kennzahlen den folgenden Schwellenwert überschreiten: jährlicher Nettoumsatz von 90 000 Millionen Forint; durchschnittliche Beschäftigtenzahl von 500 Personen

Gemäß dem ESG-Gesetz müssen die betroffenen Unternehmen ein System zur Bewältigung von Risiken im eigenen Unternehmen und bei ihren Lieferanten sowie von Beschwerden aus internen und externen Quellen einrichten, eine interne Verantwortungs- und externe CSR-Strategie ausarbeiten und zu diesem Zweck Daten sammeln. Über die Ergebnisse dieser Aufgaben wird innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres ein ESG-Bericht erstellt, der von einem akkreditierten ESG-Zertifizierer geprüft wird.



Die Entwicklung von ESG-bezogenen Prozessen verläuft oft wie eine Achterbahnfahrt – entweder wir schaffen auf Anhieb ein perfektes System oder wir fangen gar nicht erst damit an. Die ungarische Praxis bietet viel Spielraum, gerade damit Zeit und Gelegenheit für die Ausarbeitung bleibt.

Nach den Deregulierungsbemühungen der EU im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitsvorschriften wurden auch im ESG-Gesetz Bestimmungen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands aufgenommen, wenn auch nur vorübergehend. Beispielsweise sind die ersten betroffenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2024 nicht verpflichtet, eine Zertifizierung für den ESG-Bericht durchzuführen, und die zwischen 2025 und 2027 erstellten Berichte müssen noch nicht bei der Aufsichtsbehörde für regulierte Tätigkeiten (im Folgenden: SZTFH) vorgelegt werden.

Das ESG-Gesetz gilt auch für Organisationen, die von anderen Unternehmen ESG-Daten gemäß dem Gesetz anfordern, sowie für Lieferanten, die einer Sorgfaltsprüfung unterliegen. Das Gesetz regelt außerdem die Tätigkeit von ESG-Zertifizierern, ESG-Beratern, ESG-Software, ESG-Ratingagenturen und Ausbildungseinrichtungen für ESG-Berater und führt damit ein reguliertes und klares Anforderungssystem und Qualitätssicherung für die in Ungarn tätigen ESG-Mitwirkenden ein.

ESG-Bericht

Unternehmen, die unter dem ESG-Gesetz fallen, müssen grundsätzlich innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres einen zertifizierten ESG-Bericht bei der SZTFH vorlegen und diesen auf ihrer Website veröffentlichen.

Vor der Erstellung des Berichts muss das Unternehmen bei der Bewertung/Überprüfung seiner eigenen Geschäftstätigkeit Folgendes berücksichtigen:

- Art der Geschäftstätigkeit und Größe des Unternehmens
- seine Fähigkeit, wie die Verletzung seiner Verpflichtungen im Bereich der sozialen Verantwortung oder der Umweltrisiken beeinflusst werden kann;
- im Falle eines Rechtsverstoßes dessen voraussichtliche Wahrscheinlichkeit, Schwere und Umkehrbarkeit;
- seinen ursächlichen Beitrag zur Verletzung der sozialen Verantwortung oder der Umweltrisiken/-verpflichtungen.

Gemäß dem ESG-Gesetz müssen Unternehmen im Rahmen ihres eingerichteten und betriebenen Risikomanagementsystems neben ihren eigenen Risiken auch die Risiken ihrer direkten Lieferanten bewerten. In diesem Zusammenhang bewertet das Unternehmen die ESG-Leistung der betroffenen Lieferanten nur in Bezug auf wesentliche und aus betrieblicher Sicht kritische Bereiche und ergreift gegebenenfalls vorbeugende oder korrigierende Maßnahmen. Ein zentraler Bestandteil dieses Systems ist der ESG-Fragebogen.



Im Fragebogen solche Fragen sind relevant, mit denen reale und für den Betrieb des Unternehmens kritische Risiken gemessen werden können. Alles andere ist eine unnötige Belastung, die aus Übereifer resultiert. Das Motto der heimischen Regulierung lautet, dass in der heimischen Risikomanagementpraxis „gesunder Menschenverstand" erforderlich ist.

ESG-Fragebogen

Die Verordnung 13/2024. (VIII.15.) SZTFH über die detaillierten Vorschriften zur Erfüllung der Anforderungen zur Nachhaltigkeitsprüfung von Unternehmen zielt darauf ab, auf der Grundlage des ESG-Gesetzes die detaillierten Vorschriften festzulegen, die einen objektiven Vergleich von Unternehmen nach Nachhaltigkeitskriterien und die Überwachung ihrer Verantwortung ermöglichen.

Anhang 1 dieser Verordnung enthält einen Fragebogen (der auf der Grundlage der Stellungnahme des Nationalen ESG-Rates erstellt wurde), der in Tabellenform die Fragen enthält, die die Grundlage für der ESG-Bericht und die Überprüfung der Lieferkette bilden, da das Unternehmen auch Daten von seinen direkten Lieferanten sammelt. Die Tabelle besteht aus einer umfassenden Reihe von Fragen, die nach den Themen Umwelt, Gesellschaft und Unternehmensführung gruppiert sind.

Die Überprüfung der direkten Lieferanten wird durch § 4 Abs. 10 der SZTFH-Verordnung unterstützt, in dem die zu beantwortenden Fragen, die sich nach der Größe und geografischen Lage der Lieferanten richten, einzeln aufgelistet sind.

Der **Fragebogen der SZTFH stellt eine maximale Regulierung bei der ESG-Bewertung dar**, die durch eine Einschränkung nach geografischen Gesichtspunkten (HUN/EWR, OECD, andere Drittländer) und nach Größe (große, mittlere, kleine und Kleinstunternehmen) anwendbar gemacht wird. Das bedeutet, dass ein Unternehmen, das unter dem ESG-Gesetz fällt, 152 Fragen zu sich selbst beantworten muss, während es seine direkten Lieferanten aus dem KMU-Sektor nur zu einem Drittel überprüfen darf und maximal 51 Fragen stellen kann. Um die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern zu erleichtern, ist der ESG-Fragebogen auch in englischer und deutscher Sprache auf der ESG-Unterseite der Website der SZTFH verfügbar.



ESG ist weder grüner Aktivismus noch Umweltschutz oder soziale Verantwortung. Wenn ein Unternehmen auf Probleme stößt, liegt dies in den meisten Fällen an Risiken im Führungsbereich und mangelnder Aufmerksamkeit für die Mitarbeiter. Alle diese Faktoren haben einen monetären Wert und Einfluss auf die Lebensfähigkeit eines Unternehmens.



Vorübergehende Erleichterung zum Schutz des KMU-Sektors, dass bis zum 30. Juni 2027 Kleinst- und Kleinunternehmen nicht und mittlere Unternehmen nur auf freiwilliger Basis überprüft werden können und dass nach der Einrichtung der staatlichen ESG-Ratingagentur die Risikobewertung der Lieferanten durch eine Bewertung dieser Agentur ersetzt werden kann.

Das auf der Grundlage der fachlichen Stellungnahme des Nationalen ESG-Rates erstellte Anforderungskonzept und der Fragebogen bieten – im Gegensatz zu internationalen Praktiken – den heimischen Unternehmen auch mehr Möglichkeiten, ihr familienfreundliches Engagement im Hinblick auf ihre soziale Verantwortung als ESG-Wert zu präsentieren, beispielsweise indem sie barrierefreien Zugang für Kinderwagen gewährleisten oder berufliche Weiterbildungen und Mentorenprogramme für Mütter anbieten, die wieder in den Beruf zurückkehren möchten.

ESG ist heute voller normativer Elemente und übersteigerter Dogmen. Anderswo! Ungarn hat nämlich ein System eingerichtet, in dem nur objektiv messbare und relevante Fragen der Geschäftskontinuität gestellt werden können.

Die Ungarische Nationalbank veröffentlichte 2024 ihre Empfehlung zum Fragebogen, der von Finanzinstituten zu verwenden ist, und aktualisierte diese 2025. Diese Empfehlung folgt der Logik eines Mindestfragebogens, schränkt somit die Anzahl der verwendbaren Datenpunkte nicht ein. Die beiden Organisationen bemühten sich um eine möglichst vollständige Übereinstimmung zwischen den beiden Instrumenten, weshalb die Empfehlung der MNB auch im Jahr 2025 aktualisiert wurde. Die aktualisierte Empfehlung enthält 54 Fragen, was einer Überschneidung von 60 Prozent mit dem von Unternehmen anzuwendenden Fragebogen entspricht, bei kleinen Unternehmen liegt dieser Wert jedoch bereits bei 69 Prozent.

Der deutschsprachige ESG-Fragebogen ist auf der ESG-Unterseite der Website der SZTFH sowie unter folgendem Link verfügbar: ESG-Fragebogen.

Obligatorische kostenlose Vorbereitungsprogramme für Lieferanten

Im Zusammenhang mit dem Ausfüllen der Lieferantenfragebögen muss das Unternehmen seinen direkten Lieferanten ein Vorbereitungsprogramm anbieten, damit die Mitwirkung bei der Erfüllung der Anforderungen zur Nachhaltigkeitsprüfung keinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursacht.

Die gesetzliche Verpflichtung passt gut zu den Fördermaßnahmen während der Vorbereitungsphase gemäß dem Ziel des ESG-Gesetzes sowie zum Engagement der Regierung für KMU und zur Förderung der Etablierung als Zulieferer.

Für die Unternehmen, die die Überprüfung durchführen und die Verwendung des ESG-Fragebogens bei ihren direkten Lieferanten planen, bedeutet dieses Programm tatsächlich keine zusätzliche Belastung, da die Kosten für die Schulungsprogramme vom Staat (Ministerium für Volkswirtschaft-NGM, MGFÜ, SZTFH, akkreditierte Bildungseinrichtungen) übernommen werden. Die betroffenen Lieferanten können durch die zentral entwickelten Lehrmaterialien, die sie nur aus eigenen Mitteln und mit Hilfe externer Berater ersetzen könnten, erhebliche Vorbereitungskosten einsparen.

ESG wird nicht billiger, wenn wir uns nicht damit befassen. Die Höhe der vermeidbaren Schäden wird jedoch nur noch der Krisenmanager berechnen können.

ESG-Berater

§7 des ESG-Gesetzes enthält eine detaillierte Definition der an der Vorlage des ESG-Berichts beteiligten Akteure. Ein ESG-Berater ist eine natürliche oder juristische Person, die in Ungarn Tätigkeiten im Zusammenhang mit der ESG-orientierten Unternehmensführung oder der Datenberichterstattung ausübt, an der Erfüllung der Anforderungen zur Nachhaltigkeitsprüfung (Datenerhebung und -analyse) mitwirkt an der Ausarbeitung der Strategie zur sozialen Verantwortung sowie an der Umsetzung der Vorschriften zum Risikomanagement beteiligt ist.

Ihre Hauptaufgabe und Verantwortung in einem Unternehmen: Interpretation von Fragen zum Inhalt des ESG-Berichts, Unterstützung und Sicherstellung der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, Unterstützung bei der Interpretation des Fragebogens im Anhang zum ESG-Bericht, Unterstützung bei der Erhebung der erforderlichen Daten, Vorbereitung der Antworten für den ESG-Bericht, Unterstützung beim Zertifizierungsprozess des ESG-Berichts. Der ESG-Berater unterstützt das Unternehmen außerdem bei der Risikoanalyse und -steuerung, was auch Aktivitäten im Zusammenhang mit der direkten Lieferkette umfasst, insbesondere die Interpretation von Fragen zur Überprüfung der Lieferkette und die Festlegung des Umfangs der zu erhebenden Daten.

Die Voraussetzung für die Anerkennung als ESG-Berater ist die Akkreditierung und Registrierung bei der SZTFH. Die detaillierten Bedingungen für die Akkreditierung als ESG-Berater (auf der Grundlage der Stellungnahme des ESG-Akkreditierungsausschusses) sind in der Verordnung 29/2024. (VIII. 8.) NGM über die Anforderungen für die Akkreditierung als ESG-Berater und die Verordnung 11/2024. (VIII. 8.) SZTFH über die Verfahrensregeln für die Akkreditierung als ESG-Berater und die Registrierung von ESG-Beratern festgelegt.

Das fortlaufend aktualisierte Register ist auf der Website der SZTFH unter dem Menüpunkt „Register" sowie unter folgendem Link verfügbar: Register der ESG-Berater.

ESG-Software

§ Gemäß §7 Abs. 8 des ESG-Gesetzes ist ESG-Software ein digitales Instrument, das Unternehmen dabei unterstützt, Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, soziale Verantwortung zu fördern und eine angemessene Unternehmensführung sicherzustellen. Gemäß dem ESG-Gesetz darf für die Überprüfung, Risikoanalyse und Bewertung der Lieferkette unter dem Gesichtspunkt des Risikomanagements ausschließlich ESG-Software verwendet werden, die im Gesetz definiert und entsprechend registriert ist. Um die Zuverlässigkeit der ESG-Software zu gewährleisten, ist eine Cybersicherheitszertifizierung erforderlich, die garantiert, dass die betreffende Software den strengsten europäischen Vorschriften entspricht.

Die Cybersicherheitszertifizierung von ESG-Software wird im Rahmen des EUCC (Europäisches Cybersicherheitszertifizierungssystem) durchgeführt, das EU-weit einheitliche Standards garantiert.

ESG-Software kann nur registriert werden, wenn sie über ein Cybersicherheitszertifikat verfügt, das gemäß der Durchführungsverordnung (EU) 2024/482 der Kommission ausgestellt wurde und mindestens die Zuverlässigkeitsstufe AVA_VAN.2 bescheinigt.

Für die bis 31. Dezember 2024 registrierte ESG-Software konnte die oben genannte Anforderung auch durch den Nachweis eines im Bereich geschlossener elektronischer Informationssysteme akkreditierten Sicherheitszertifikats erfüllt werden, sofern dieses bestätigt, dass die Software die nach dem Gesetz über die elektronische Informationssicherheit staatlicher und kommunaler Behörden sowie nach der einschlägigen Ministerialverordnung festgelegten Anforderungen der Sicherheitsklasse 2 erfüllt und zudem gemäß der Norm MSZ EN ISO/IEC 17065:2013 zertifiziert ist.

Das fortlaufend aktualisierte Register ist auf der Website der SZTFH unter dem Menüpunkt „Register" sowie unter folgendem Link verfügbar: Register der ESG-Software.

ESG-Ratingagentur

§ Gemäß §7 Abs. 7 des ESG-Gesetzes ist ein ESG-Ratingagentur ein Wirtschaftsunternehmen oder eine ausländische juristische Person, die für den ESG-Bericht (im Bereich Datenberichterstattung und Nachhaltigkeitsfragen) einer in Ungarn tätigen Organisation eine Stellungnahme und/oder eine Bewertung erstellt.

Eine ESG-Ratingagentur darf ausschließlich eine gemäß der Zivilprozessordnun (Polgári perrendtartás) wirtschaftenden Organisation und einer ausländischen juristischen Person sein, und darf eine ESG-Bewertung zwar nur dann durchführen, wenn diese im Register der SZTFH eingetragen ist (abgesehen von Fällen, die auf einem gesonderten Auftrag beruhend sind).

Veröffentlicht die ESG-Ratingagentur ohne Auftrag und ohne Zustimmung eine ESG-Bewertung und/oder gibt sie diese an Dritte weiter, muss sie die bewertete Organisation umgehend über das Ergebnis der Bewertung und die detaillierte Darstellung der Methode informieren. Die bewertete Organisation kann hinsichtlich der für die Bewertung verwendeten Informationen Beschwerde einlegen und eine Neubewertung beantragen. Bei der Neubewertung sind auch neu und unmittelbar zur Verfügung gestellte Informationen zu berücksichtigen.

Das ESG-Gesetz ermächtigt die Regierung, eine staatliche Ratingagentur zu benennen. Die staatliche ESG-Ratingagentur spielt eine wichtige Rolle beim Schutz des KMU-Sektors, da nach ihrer Einrichtung die Risikobewertung der Lieferanten durch ihre Bewertung ersetzt werden kann.

Das fortlaufend aktualisierte Register ist auf der Website der SZTFH unter dem Menüpunkt „Register" sowie unter folgendem Link verfügbar: Register der ESG-Ratingagenturen.

Institute, die ESG-Berater ausbilden

Die Institute, die ESG-Berater ausbilden, werden von der Ungarischen Agentur für Wirtschaftsentwicklung, (MGFÜ, Magyar Gazdaságfejlesztési Ügynökség Közhasznú Nonprofit Kft.), als Agentur für Unternehmensentwicklung gemäß den Bestimmungen der Ministerialverordnung akkreditiert und registriert. Die Ausbildungen von Einrichtungen, die nicht auf den Erwerb der für die Akkreditierung als ESG-Berater erforderlichen Qualifikationen abzielen, fallen nicht unter das ESG-Gesetz und gelten daher nicht als Institute, die ESG-Berater ausbilden. Das bedeutet, dass Institutionen, die Schulungen zum Thema Nachhaltigkeit aus ESG-Perspektive anbieten, die die Vermittlung von Grundkenntnissen und ESG-Fachwissen unterstützen, aber nicht die Erlangung der ESG-Beraterakkreditierung gewährleisten, im Hinblick auf diese Schulungen nicht als Institutionen gelten, die ESG-Berater ausbilden.

Das fortlaufend aktualisierte Register ist über die Unterseite ESG des personalisierten Unternehmensinformationsportals vali.hu sowie über den folgenden Link verfügbar: Register der Institutionen, die ESG-Berater ausbilden.

ESG-Zertifizierer

Das ESG-Gesetz legt die Pflichten von Unternehmen fest, darunter gemäß §23 (1) „Das Unternehmen erfüllt seine Berichtspflicht gemäß §13 e) dadurch, dass es – mit Ausnahme der in § 23/A genannten Fälle der Konsolidierungsbefreiung – jährlich einen ESG-Bericht über die Erfüllung der Anforderungen zur Nachhaltigkeitsprüfung des vorangegangenen Geschäftsjahres erstellt, der von einem ESG-Zertifizierer geprüft werden muss."

Demnach ist die ESG-Zertifizierung ein Prozess, bei dem die Leistungs-, Nachhaltigkeits- und Sozialverantwortungsindikatoren sowie die vorhandenen Daten von Unternehmen validiert werden und eine Konformitätsbewertung hinsichtlich der inhaltlichen und formalen Anforderungen des ESG-Berichts abgegeben wird.

Der ESG-Zertifizierer ist die Person, die den Zertifizierungsprozess durchführt und darüber ein Zertifikat ausstellt. Die Prüfung des ESG-Berichts wird von einem ESG-Zertifizierer durchgeführt, der im Register der von der SZTFH akkreditierten ESG-Zertifizierer eingetragen ist. Die detaillierten Vorschriften für die fachliche Qualitätssicherung der Tätigkeit der ESG-Zertifizierer, die Zuverlässigkeit ihrer Dienstleistungen, die ethischen Regeln ihrer fachlichen Tätigkeit, die Wahrung des Berufsgeheimnisses und die Arbeitsorganisation werden in einer Regierungsverordnung festgelegt, die derzeit ausgearbeitet wird.

Das fortlaufend aktualisierte Register ist auf der Website der SZTFH unter dem Menüpunkt „Register" sowie unter folgendem Link verfügbar: Register der ESG-Zertifizierer.

Ausnahmen für regulierte Finanzdienstleister

Ursprünglich waren gemäß §1 Abs. 5 des ESG-Gesetzes alle unter das MNB-Gesetz (Gesetz der Ungarische Nationalbank), fallenden Organisationen vom Geltungsbereich des ESG-Gesetzes ausgenommen. Aufgrund der im Dezember 2024 verabschiedeten Änderung sind jedoch nur regulierte Finanzdienstleister mit Sitz oder Zweigniederlassung in Ungarn von den Verpflichtungen des ESG-Gesetzes ausgenommen. Der Begriff „Finanzdienstleister" wird in §7 Absatz 28a des ESG-Gesetzes definiert: Demnach sind nur diejenigen Organisationen, die unter das MNB-Gesetz fallen und keine kommerziellen Tätigkeiten ausüben, von den Verpflichtungen des ESG-Gesetzes ausgenommen.

Die Präzisierung des Geltungsbereichs des ESG-Gesetzes macht auch deutlich, dass Finanzdienstleister nur dann nicht unter das ESG-Gesetz fallen, wenn sie keine Tätigkeiten als ESG-Mitwirkende ausüben.

ESG-Rechner

Der SZTFH ESG-Rechner (im Folgenden: Rechner) soll einzelnen Unternehmen dabei helfen, ihre ESG-Berichtspflichten zu erfüllen, indem er auf einer Plattform die Berechnung der Werte für die komplexeren Fragen des ESG-Fragebogens, die numerische Angaben erfordern, ermöglicht und gleichzeitig die Möglichkeit von Rechenfehlern minimiert.

Der Rechner hilft bei der Beantwortung bestimmter komplexer Fragen, sodass die Entwicklung und Anwendung verschiedener Methoden zur Beantwortung des Fragebogens vermieden werden kann. Der Rechner berechnet anhand der am weitesten verbreiteten Standards und Faktoren die verfügbaren Werte des betreffenden Unternehmens auf der Grundlage von Rechnungen, Belegen, Messungen usw. zu den numerischen Daten, die zur Beantwortung der Fragen im Fragebogen erforderlich sind.

Der Rechner hilft bei der Beantwortung der folgenden Fragen aus dem Fragebogen:

- **E5:** Wie hoch war in Ihrem Unternehmen der gesamte Energieverbrauch (einschließlich Eigenverbrauch)?
- **E6:** Wie viel Prozent des in Ihrem Unternehmen verbrauchten Stroms stammte aus erneuerbaren Energiequellen?
- **E12:** Wie hoch waren die gesamten direkten Treibhausgasemissionen (Scope 1) Ihres Unternehmens in den letzten beiden Geschäftsjahren?
- **E13:** Wie hoch waren die gesamten indirekten Treibhausgasemissionen (Scope 2) Ihres Unternehmens in den letzten beiden Geschäftsjahren gemäß dem standortbasierten Ansatz?
- **S9:** Wie hoch war in den letzten zwei Geschäftsjahren die auf eine Million Arbeitsstunden bezogene Häufigkeitsrate von Arbeitsunfällen mit Ausfalltagen bei den eigenen Beschäftigten des Unternehmens (LTIF)?

ESG-Experten (ob extern oder intern) fühlen sich angesichts der sich wandelnden Erwartungen und Interpretationen oft verloren und allein gelassen. Das Ziel der SZTFH ist es, nicht nur die Einhaltung des ESG-Gesetzes zu fordern, sondern auch Instrumente und Leitlinien bereitzustellen und gleichzeitig bei der Lösung von Schwierigkeiten zu helfen.

Der Rechner verwendet die vom Greenhouse Gas Protocol veröffentlichten Emissionsfaktoren für Brennstoffe und Kraftstoffe, die Werte für das Treibhauspotenzial (GWP) aus dem Sechsten Sachstandsbericht des IPCC (AR6-Bericht bzw. bei nicht darin enthaltenen Daten AR5- und AR4-Bericht) veröffentlichten Emissionsfaktoren für Brenn- und Kraftstoffe, die Werte für das Treibhauspotenzial (GWP) sowie die Daten der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) der Europäischen Kommission zu den Treibhausgasemissionen der Stromerzeugung einzelner Länder.

Der Rechner minimiert die Möglichkeit von Rechenfehlern aufgrund unterschiedlicher Faktoren und Umrechnungen, indem er die Berechnungen mit vordefinierten Berechnungsmethoden und Multiplikationsfaktoren nicht durch manuelle Eingaben durchführt.

Wichtige Informationen zum Rechner: er ist kostenlos und kann freiwillig genutzt werden; für seine Nutzung sind keine persönlichen Daten der Nutzer oder der betroffenen juristischen Person erforderlich; er kann unbegrenzt genutzt werden; und ähnlich zu der ESG-Fragebogen ist auch er bereits in englischer Sprache verfügbar. Eingegebene Daten und Endergebnisse werden nicht gespeichert. Die auf der letzten Seite des Rechners angezeigten Endergebnisse können in die entsprechenden Zellen des ESG-Fragebogens kopiert werden. Er ist mit keiner Datenbank verbunden, sondern berechnet ausschließlich auf der Grundlage der vom Nutzer eingegebenen Daten. Der ESG-Rechner der SZTFH wurde auch in die Anforderungen der ESG-Empfehlung der MNB (Ungarische Nationalbank) aufgenommen und wird von der EFRAG als Tool zur Berechnung der Treibhausgasemissionen empfohlen.

Der ESG-Rechner in Englisher Sprache ist auf der ESG-Unterseite der SZTFH-Website sowie unter folgendem Link verfügbar: ESG-Rechner.

Hilfsmittel zum ESG-Fragebogen

Das Hilfsmittel zum ESG-Fragebogen bietet Unternehmen und ihren Lieferanten konkrete Hilfestellung beim korrekten und sicheren Ausfüllen des ESG-Fragebogens. Das Hilfsmittel enthält zu allen Fragen des ESG-Fragebogens separate Erläuterungen und nützliche Informationen und unterstützt Unternehmen somit auf detaillierte und benutzerfreundliche Weise bei der ESG-Datenberichterstattung.

Das Hilfsmittel ist auf der offiziellen Website der SZTFH verfügbar und kann außerdem im PDF-Format von der Unterseite **„ESG-Fragebogen-Hilfsmittel"** mit aktuellen Inhalten in der online Version heruntergeladen werden. Die Nutzung des Hilfsmittels zum ESG-Fragebogen ist freiwillig und kostenlos. Sein vorrangiges Ziel ist es, praktische Hilfe beim Ausfüllen des SZTFH-Fragebogens zu bieten. Die SZTFH aktualisiert, entwickelt und erweitert das Hilfsmittel kontinuierlich entsprechend den Bedürfnissen der Nutzer und stellt so sicher, dass Unternehmen stets aktuelle und zuverlässige Hilfe für die ESG-Datenberichterstattung und -Konformität erhalten.

ESG-Wissensdatenbank

Die ESG-Wissensdatenbank wurde mit dem Ziel eingerichtet, als Behörde eine systematische, aktuelle, zuverlässige und fachlich fundierte Informationsbasis an einem Ort zur Verfügung zu stellen und damit die ESG-Entwicklung inländischer Unternehmen zu unterstützen. Die Wissensdatenbank enthält informative Inhalte und Leitfäden, die die wichtigsten Informationen zu den aktuellen Vorschriften und Anforderungen im Bereich ESG zusammenfassen. Diese kurzen Inhalte helfen beim Verständnis der wichtigsten ESG-Themen. Darüber hinaus sind in der Wissensdatenbank auch unsere fachlichen Publikationen zu finden, die detaillierte und zuverlässige Informationen zu aktuellen Vorschriften, praktischen Erfahrungen und Forschungsergebnissen bieten. Sie sind eine wertvolle Informationsquelle für alle, die sich über ESG-Themen auf dem Laufenden halten möchten.

Im Rahmen der ESG-Handreichungen sind bisher die Ausgaben „**Risikomanagement**", „**Zusammenarbeit in der Lieferkette**", „**Beschwerdemanagement**", „**Familienfreundliche Nachhaltigkeit**" und „**Interne Verantwortungsstrategie und -system**" erschienen. Diese Bände zielen ausdrücklich darauf ab, die ESG-Verpflichtungen von Unternehmen zu erläutern und die praktischen Aspekte der sich daraus ergebenden Aufgaben zu verstehen, um eine effektive ESG-Funktionsweise und -Konformität zu erreichen. Wir werden auch weiterhin zahlreiche Hilfsmittel für die vom ESG-Gesetz Betroffenen bereitstellen, beispielsweise zum Themen wie „Vorbereitungsprogramm für Lieferanten" und „familienfreundliche Maßnahmen".

Die ESG-Wissensdatenbank ist auf der ESG-Unterseite der SZTFH-Website sowie unter folgendem Link verfügbar: ESG-Wissensdatenbank.

Wir freuen uns auf Ihre Ideen und Ergänzungen zur Verbesserung unseres ESG-Fragebogens und unserer Leitfäden: **esg@sztfh.hu**.



III. Literaturverzeichnis

Pressemitteilung der EZB und der EIOPA zu ihrem Vorschlag für einen europäischen Ansatz zur Verringerung der wirtschaftlichen Folgen von Naturkatastrophen – 18. Dezember 2024 [online] Verfügbar: https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2024/html/ecb.pr241218~b6df28c7af.en.html [Downloaded: 2025-11-24].

Draghi-Report. [online]. Verfügbar: https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/draghi-report_en#paragraph_47059 [Heruntergeladen: 2026-03-10].

Gesetz CVIII von 2023 über die Regeln der sozialen Verantwortung von Unternehmen, die auch ökologische, soziale und soziale Aspekte berücksichtigen und die Förderung einer nachhaltigen Finanzierung und einer einheitlichen Unternehmensverantwortung zum Ziel haben, sowie über die Änderung anderer damit zusammenhängender Gesetze (ESG-Gesetz).[MZ1] Verfügbar: https://njt.jog.gov.hu/jogszabaly/2023-108-00-00 [Heruntergeladen: 2026-03-10].

Gesetz C aus dem Jahr 2000 über die Rechnungslegung. [online]. Verfügbar: https://njt.jog.gov.hu/jogszabaly/2000-100-00-00 [Heruntergeladen: 2026-03-10].

Gesetz LXXV aus dem Jahr 2007 über die Ungarische Wirtschaftsprüferkammer, über die Tätigkeit der Wirtschaftsprüfer und die öffentliche Aufsicht über die Wirtschaftsprüfer. [online]. Verfügbar: https://njt.jog.gov.hu/jogszabaly/2007-75-00-00 [Heruntergeladen: 2026-03-10].

Empfehlung Nr. 7/2025 (VI.23.) der Ungarischen Nationalbank über die Anwendung eines Mindestfragebogens zur Erfassung von Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsinformationen bei der Übernahme, Bewertung, Steuerung und Kontrolle von Kreditrisiken. [online]. Verfügbar: https://zoldpenzugyek.mnb.hu/felugyeleti-eszkozok/esg-ajanlas [Heruntergeladen: 2026-03-10].

Kyoto-Protokoll. [online]. Verfügbar: https://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpger.pdf [Heruntergeladen: 2026-03-10].

EU ETS – EU-Emissionshandelssystems. [online]. Verfügbar: https://climate.ec.europa.eu/eu-action/carbon-markets/about-eu-ets_en?prefLang=de [Heruntergeladen: 2026-03-10].

Pariser Klimaabkommen. [online]. Verfügbar: https://www.bundesumweltministerium.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf [Heruntergeladen: 2026-03-10].

EU-Klimagesetz. [online]. Verfügbar: https://climate.ec.europa.eu/eu-action/european-climate-law_en?prefLang=hu [Heruntergeladen: 2026-03-10].

European Green Deal. [online]. Verfügbar: https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_en [Heruntergeladen: 2026-03-10].

Verlagerung von CO2-Emissionen. [online]. Verfügbar: https://climate.ec.europa.eu/eu-action/carbon-markets/eu-emissions-trading-system-eu-ets/free-allocation/carbon-leakage_en [Heruntergeladen: 2026-03-10].

Die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung. [online].
Verfügbar: **https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/nachhaltigkeitsziele-erklaert-232174**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen. [online].
Verfügbar: **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32014L0095**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Richtlinie 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen. [online].
Verfügbar: **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32022L2464**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

EFRAG. European Sustainability Reporting Standards (ESRS). [online].
Verfügbar: **https://www.efrag.org/en/sustainability-reporting/esrs-workstreams**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor (SFDR). [online].
Verfügbar: **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32019R2088**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088. (Taxonomie). [online].
Verfügbar: **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32020R0852**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates. [online].
Verfügbar: **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32003L0087**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Verordnung (EU) 2023/956 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 2023 zur Schaffung eines CO2-Grenzausgleichssystems (CBAM). [online].
Verfügbar: **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32023R0956**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA). Säule 3-Offenlegungsrahmen. [online].
Verfügbar: **https://www.eba.europa.eu/regulation-and-policy/transparency-and-pillar-3**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (CRR). [online].
Verfügbar: **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32013R0575**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG. [online].
Verfügbar: **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32013L0036**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Basel III: internationaler Regulierungsrahmen für Banken. [online].
Verfügbar: **https://www.consilium.europa.eu/de/policies/basel-iii/**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Die Arbeit der vom FSB eingesetzten TCFD. [online].
Verfügbar: **https://www.fsb-tcfd.org/**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Die Arbeit der IFRS-Stiftung (ISSB). [online].
Verfügbar: **https://www.ifrs.org/sustainability/tcfd/**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Leitfaden der EZB für Banken zu Klima- und Umweltrisiken. [online].
Verfügbar:
https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ssm.pr201127~5642b6e68d.de.html
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA). ESG-Richtlinien. [online].
Verfügbar: **https://www.eba.europa.eu/activities/single-rulebook/regulatory-activities/sustainable-finance/guidelines-management-esg-risks**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Verordnung (EU) 2023/2631 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. November 2023 über europäische grüne Anleihen sowie fakultative Offenlegungen zu als ökologisch nachhaltig vermarkteten Anleihen und zu an Nachhaltigkeitsziele geknüpften Anleihen. [online].
Verfügbar: **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L_202302631**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Richtlinie (EU) 2024/1760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 und der Verordnung (EU) 2023/2859 (CSDDD). [online].
Verfügbar: **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L_202401760**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten. [online].
Verfügbar: **https://www.gesetze-im-internet.de/lksg/**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Verordnung (EU) 2023/1115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, auf dem Unionsmarkt und ihre Ausfuhr aus der Union sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 (EUDR). [online].
Verfügbar: **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32023R1115**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].

Verordnung (EU) 2024/3005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2024 über die Transparenz und Integrität von Rating-Tätigkeiten in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG) und zur Änderung der Verordnungen (EU) 2019/2088 und (EU) 2023/2859
Verfügbar: **https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L_202403005**
[Heruntergeladen: 2026-03-10].



SARA

Verleger:
Aufsichtsbehörde für regulierte Tätigkeiten

1123 Budapest, Alkotás Str.. 50.

sztfh@sztfh.hu

ISBN 978-963-671-353-9
Budapest, 2026